

Louise Borreani	Die Konsequenzen des Paritätsgesetzes für die lokale französische Politik	ISSN 2192-5267	September 2020	gender...politik... <i>online</i>
-----------------	---	----------------	----------------	-----------------------------------

Parité und Égalité?

Die Konsequenzen des Paritätsgesetzes für die lokale französische Politik¹

Von Louise Borreani

Gliederung

1. Einleitung.....	2
2. Theorie: Universalismus versus Differentialismus	3
2.1 Feministische Theorien des politischen Pluralismus	4
2.2 Französischer republikanischer Universalismus	5
3. Methode	7
4. Analyse	7
4.1 Die Anwendung des Paritätsgesetzes in der französischen Kommunalpolitik	8
4.2 Paritätsfolgen für die französische Lokalpolitik	8
4.2.1 Marseille	8
4.2.2 Paris	9
4.2.3 Montreuil	11
4.3 Erklärungselemente für den „Paritätsfehler“	12
4.4 Elemente zur Förderung der Gleichstellung	13
5. Schlussfolgerungen	14
6. Literatur	15
Anhang	17
Angaben zur Autorin	18

¹ Der Text entstand als Hausarbeit im Rahmen des Hauptseminars „Gleichberechtigung seit 100 Jahren: Was haben Frauen erreicht, was nicht?“ im Fach Politikwissenschaft (Otto-Suhr-Institut) an der Freien Universität (FU) Berlin im Wintersemester 2019/2020 (Dozentin: PD Dr. Sabine Berghahn).

Louise Borreani	Die Konsequenzen des Paritätsgesetzes für die lokale französische Politik	ISSN 2192-5267	September 2020	gender...politik... <i>online</i>
-----------------	---	----------------	----------------	-----------------------------------

„Jeder weiß doch, dass das Problem der Chancengleichheit, weit über die Frage der Parität zwischen Männern und Frauen hinausgeht. Es ist offensichtlich eine Frage der Integration und des sozialen Zusammenhalts.“² (Simone Veil)

1. Einleitung

Parität in der Politik bedeutet, dass Männer und Frauen in repräsentativen Gremien in gleicher Zahl vertreten sind. Ursprünglich diskutiert in internationalen Institutionen wie dem Europarat, den Vereinten Nationen und der Europäischen Gemeinschaft kam die Idee der politischen Parität in den 1990er Jahren nach Frankreich. Sie wurde 1992 mit der Veröffentlichung eines Buches (Seuil Editionen), verfasst von Françoise Gaspard, Claude Servan-Schreiber und Anne Le Gall: „Au pouvoir citoyennes: liberté, égalité, parité!“ in die französische Debatte eingebracht. Im Herbst 1993 erschien in der Zeitung Le Monde das „Manifest der 577 für eine Paritätsdemokratie“. Dieses Manifest verkündete:

„Die Gleichstellung der Geschlechter ist eine Voraussetzung für die Verwirklichung der Demokratie genauso wie die Gewaltenteilung und das allgemeine Wahlrecht“ (Chemin 2007).

Die für die Parität kämpfenden Personen waren in allen Kreisen der Gesellschaft zu finden. Das reicht in Frankreich zurück zu Gisèle Halimi, Mitbegründerin von Choisir la Cause des Femmes zusammen mit Simone de Beauvoir und Anwältin im Bobigny-Prozess gegen Abtreibung; aber auch Yvette Roudy, die die erste Ministerin für Frauenrechte unter Mitterrand war (Chemin 2007). Das erste Paritäts-Gesetz in Frankreich

kam im Jahr 1999 zustande, indem das Verfassungsgesetz vom 8. Juli verabschiedet wurde. Es war dafür notwendig, die französische Verfassung zu ändern, da es in ihrem dritten Artikel hieß: „Kein Teil des Volkes oder eine Einzelperson kann die Ausübung der Souveränität beanspruchen“. Artikel 3 sieht nun vor, dass „das Gesetz den gleichberechtigten Zugang von Frauen und Männern zu Wahlmandaten und Wahlämtern fördert“. Das Verfassungsgesetz wurde ein Jahr später durch das Gesetz vom 6. Juni 2000 ergänzt, wonach für die Listen der Europawahlen und der Senatswahlen eine gleiche Anzahl von Frauen und Männern vorgeschrieben wurde. Die Frauenanteile sind seitdem gewachsen, dennoch wurde auf nationaler Ebene bis heute noch keine Parität erreicht. Daher werden Sanktionen verhängt, aber die Parteien ziehen es meist vor, Strafzahlungen bei nicht-egalitärer Kandidatenaufstellung zu leisten. Auf lokaler Ebene ist die Situation jedoch ganz anders: Bei den Wahlen 2014 waren in französischen Gemeinden mit mehr als 1.000 Einwohnern 48,2% der gewählten Mandatsträger*innen Frauen (Insee 2017: 2). Wir haben das Ende ihres Mandats in diesem Jahr 2020 erreicht. Die letzten Kommunalwahlen in Frankreich fanden am Sonntag, 15. März und 28. Juni 2020 statt. Die zweite Runde verzögerte sich aufgrund der Covid-19-Epidemie. In Marseille setzte sich Michèle Rubilora, Sozialistin, Umweltschützerin und Feministin, mit ihrer Partei *Printemps Marseillais* als Siegerin der zweiten Runde durch. Da sie jedoch keine absolute Mehrheit im Gemeinderat (Conseil Municipal) hat, ist sie immer noch keine offizielle Bürgermeisterin, und während der „dritten Runde“, in der die Bürgermeister*in vom Gemeinderat (Conseil Municipal) gewählt wird, kann sich noch alles ändern. Michèle Rubilora steht gegen

² Alle Übersetzungen aus dem Französischen ins Deutsche sind eigene Übersetzungen der Autorin.

Louise Borreani	Die Konsequenzen des Paritätsgesetzes für die lokale französische Politik	ISSN 2192-5267	September 2020	gender...politik...online
-----------------	---	----------------	----------------	---------------------------

Guy Tessier, den Kandidaten von *Les Républicains*, eine französische rechte Partei, und er ersetzt Martine Vassal, die den Wahlkampf wegen des Verdachts eines Steuerdelikts abbrechen musste. In Montreuil wurde Patrice Bessac wiedergewählt. Ebenso in Paris, wo Anne Hidalgo wiedergewählt wurde.

Kann also die Einführung der Parität durch politische Institutionen in der Praxis zu einer wirksamen Gleichstellungspolitik führen? Im Folgenden soll danach gefragt werden, ob ein Zusammenhang zwischen politischer Gleichheit (Parität) und sozialer und wirtschaftlicher Gleichheit existiert. Oder sind Parität und Gleichheit zwei unvereinbare Konzepte? Wie Gill Allwood und Kursheed Wadia hervorheben, hat die Parité-Bewegung:

„viele Fragen aufgeworfen, z. B. ob Parität allein die Bürgerrechte von Frauen verbessern kann, oder ob feministische Ziele nur durch eine grundlegende Umstrukturierung der Prinzipien erreicht werden können, die dem gegenwärtigen politischen System zugrunde liegen.“ (Bereni und Lépinard 2003: 13-14).

Um diese Frage zu beantworten, gehe ich zunächst auf die akademische Debatte über politische Repräsentation zurück, die einerseits die Anhänger*innen des republikanischen Universalismus und andererseits des politischen Differentialismus führten. Nachdem ich deren Argumente vorgestellt und meine Methode dargelegt habe, werde ich versuchen herauszufinden, welche Auswirkungen auf die lokale Politik die Parität innerhalb der französischen Gemeinderäte in den letzten sechs Jahren hatte. Für meine Studie habe ich mich entschieden, die Konsequenzen der Parität für die Politik der Städte von Paris, Marseille und Montreuil genauer zu

analysieren. Ich werde mit abschließenden Bemerkungen enden.

2. Die Theorie-Debatte: Universalismus versus Differentialismus

Die Debatten über die Verabschiedung des ersten Paritätsgesetzes in Frankreich haben eine alte akademische Diskussion zum Leben erweckt: die Debatte zwischen Universalismus und Differentialismus. Sind Parität und Gleichheit zwei Konzepte, die schwer miteinander in Einklang zu bringen sind? Was waren die Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit dieser beiden Konzepte in Frankreich? Zunächst ist es wichtig, auf den Unterschied zwischen formaler und tatsächlicher Gleichheit zurückzukommen. Die gleiche Behandlung durch das Gesetz wird als formale Gleichheit bezeichnet. Dies bedeutet jedoch nicht, dass alle materiellen Existenzbedingungen gleich sind: Wir sprechen hier von tatsächlicher oder wirklicher Gleichheit. Die Verabschiedung eines Gesetzes, mit dem eine paritätische Kandidat*innenaufstellung vorgeschrieben wird, definiert die politische Repräsentation neu, da die Vertretung und damit Anwesenheit bisher ausgeschlossener sozialer Gruppen plötzlich notwendig wird. Der Begriff der formalen Gleichheit wird damit erschüttert, weil auf diese Weise an die Verankerung von Individuen in historisch konstituierten Machtverhältnissen angeknüpft wird bzw. werden muss (Lépinard und Bereni 2004: 78), in diesem Fall an den Mangel an Frauen in Parlamenten. Sehen wir uns also zunächst feministische Theorien des politischen Pluralismus und sodann des Differentialismus an. Zu diskutieren sind die Theorien von Feministinnen, die sich vor dem Inkrafttreten des Gesetzes explizit gegen die Parité ausgesprochen haben, und sodann die

Louise Borreani	Die Konsequenzen des Paritätsgesetzes für die lokale französische Politik	ISSN 2192-5267	September 2020	gender...politik... <i>online</i>
-----------------	---	----------------	----------------	-----------------------------------

Theorien der modernen politischen Repräsentation.

2.1 Feministische Theorien des politischen Pluralismus

Nach dem liberalen universalistischen Paradigma bedeutet politische Gleichheit zwischen Bürgern, dass es auf soziale Merkmale und Zugehörigkeiten von Personen außerhalb der Öffentlichkeit nicht ankommt: „Eine Frau zu sein“, ist eine dieser zu ignorierenden Umstände. Seit den frühen 1980er Jahren gibt es jedoch feministische Kritik am politischen Liberalismus (Bereni und Lépinard 2003: 14). Es geht darum, Frauen als eigenständige soziale Kategorie und die prägenden Unterschiede zu erkennen. Unter diesen Theoretiker*innen gibt es zum Beispiel die „thèses maternalistes“, die eine nach Geschlecht differenzierte Staatsbürgerschaft vorschlagen. Bereni und Lépinard führen als Beispiel Jean Bethge Elshtain an, die 1980 eine Theorie und Ethik der weiblichen Fürsorge herausgearbeitet hat: Es ist die „ethics of care“, die sich auf die Familie, die Umwelt und das Konkrete konzentriert. Dem steht die sogenannte männliche Ethik der Rechte gegenüber („ethics of justice“), die die liberalen Systeme charakterisieren (Bereni und Lépinard 2003: 14). Um den Ausschluss von Frauen von der Staatsbürgerschaft zu beenden, schlagen pluralistische Theoretikerinnen vor, das liberale und universalistische Konzept der Gleichheit in der Demokratie in Frage zu stellen: nämlich das der formalen Gleichheit. Feministische Theorien des politischen Pluralismus bedienen sich daher einer deskriptiveren Darstellung. Sie schlagen die Schaffung einer „Politik der Präsenz“ („politics of presence“) neben der „Politik der Ideen“ („politics of ideas“) des modernen liberalen

Rahmens vor (Phillips 1995: 2). Wie Anne Phillips erklärt:

„The politics of ideas considers accountability in relation to declared policies and programmes, and sees the sex or race of the representative as a matter of relative indifference. In the politics of presence, by contrast, the gender or ethnic composition of elected assemblies becomes a legitimate matter of democratic concern“ (Phillips 1995: 4).

Aus diesem Grund kann laut Phillips echte politische Gleichheit niemals definiert werden, wenn keine „partizipative Gleichheit“ („participatory equality“) vorliegt, die sie als „gleiches Recht politisch präsent zu sein“ bezeichnet (Phillips 1995: 36). Dominierte Gruppen müssen in der Vertretung anwesend sein, sonst werden ihre Interessen ignoriert oder zum Schweigen gebracht. Jane Mainsbridge plädiert ebenfalls für die Präsenz der Dominierten in der Repräsentanz, jedoch nur in historischen Kontexten, in denen die Interessen „nicht kristallisiert“ („uncrystallized“) sind. Mit anderen Worten, wenn die Interessen nicht vordefiniert sind, oder/und wenn die Interessen von den bestehenden politischen Parteien nicht berücksichtigt sind (Bereni und Lépinard 2003: 15). Man kann also sagen, dass diese Theorien des Differentialismus die Einführung eines Gesetzes zur politischen Parität befürworteten. In der akademischen Debatte vertrug sich der Feminismus jedoch nicht immer mit der Paritätsforderung. So stellte Josette Trat den Standpunkt von Eliane Viennots (Aushängeschild der ProParity-Bewegung) in Frage. Trat erkannte an, wie wichtig es ist, über den abstrakten Universalismus hinauszugehen, wie er im französischen Verfassungssystem funktioniert, und schlug daher die Schaffung

Louise Borreani	Die Konsequenzen des Paritätsgesetzes für die lokale französische Politik	ISSN 2192-5267	September 2020	gender...politik...online
-----------------	---	----------------	----------------	---------------------------

einer nationalen Kammer für Frauenrechte vor (Trat 1995: 129). Trat ist jedoch auch der Ansicht, dass die Krise der parlamentarischen Demokratie keineswegs nur mit der strukturellen Unterrepräsentation von Frauen zusammenhängt. Sie spricht daher von Parität, und dies ab den 1990er Jahren, als „Scheinlösung“, weil Parität von Frauen und Männern soziale Ungleichheiten und sexuelle Aufgabenteilung an sich nicht in Frage stellt (Trat 1995: 129).

Bevor wir uns mit der Beschreibung des republikanischen Universalismus befassen, die im völligen Gegensatz zu den gerade erwähnten feministischen Theorien des Differentialismus stehen, werde ich kurz über die Theorien der modernen politischen Repräsentation sprechen. Diese sind ebenfalls dem Differentialismus gegenüberzustellen, da wir das „doing“ vom „being“ trennen, d.h. dass man den Akt der Repräsentation von den sozialen Merkmalen der Repräsentant*innen unterscheiden muss. Nach diesen Theorien hängt die Qualität der politischen Repräsentation daher nicht vom Grad der Ähnlichkeit zwischen dem Gremium der Repräsentant*innen und dem der Repräsentierten ab (Bereni und Lépinard 2003: 15). Hier kann Hannah Pitkin zitiert werden, die 1967 in „The Concept of Representation“ philosophisch das Konzept der Repräsentation erörtert. In den Theorien der modernen politischen Repräsentation wäre der Ausschluss von Frauen aus der Politik daher kein demokratisches Problem, da es darauf ankommt, für die Repräsentant*innen zu handeln und nicht ihnen zu ähneln (Bereni und Lépinard 2003: 15).

2.2 Französischer republikanischer Universalismus

Der republikanische Universalismus ist der Grund, warum die Einführung von Quoten in der politischen Repräsentation für das französische System unvorstellbar war. Das System basiert auf dem Argument, dass Souveränität unteilbar ist, dass sie nicht in personale Kategorien unterteilt werden kann: Ein gewählter Beamter oder eine gewählte Beamtin soll alle Bürger*innen vertreten, unabhängig von ihren Hautfarben, ihren Geschlechtern, dem Alter der Menschen und ihrer sozialen Herkunft. 1982 lehnte der französische Verfassungsrat „Quoten nach Geschlecht“ auf den kommunalen Wahllisten ab.³ Jede Anerkennung von Kategorien gehe von einem sogenannten „ausländischen“ Modell, dem „amerikanischen Kommunitarismus“, aus und stehe daher im Widerspruch zum französischen Ideal (Bereni und Lépinard 2003: 19). Das Risiko einer solchen Darstellung würde darin bestehen, den Weg für eine mögliche partikularistische Darstellung zu ebnen. Paritätsgegner*innen nutzten diese Argumente schnell, wie Lépinard und Bereni schreiben:

„Gegner der Parität haben dieses Argument schnell aufgegriffen und den abstrakten Universalismus zum uneinnehmbaren Herzen einer für diesen Anlass neu erfundenen republikanischen Doktrin gemacht, die nicht in Frage gestellt werden kann, ohne dass die Identität der Nation bedroht wird“ (Lépinard und Bereni 2004: 80).

Die Forscher*innen, die den abstrakten Universalismus kritisieren, prangern die Tendenz der Gegner*innen der Parität an, dem französischen politischen System einen außergewöhnlichen

³ Entscheidung Nr. 182-146 vom 18. November 1982.

Louise Borreani	Die Konsequenzen des Paritätsgesetzes für die lokale französische Politik	ISSN 2192-5267	September 2020	gender...politik...online
-----------------	---	----------------	----------------	---------------------------

Charakter zuzuschreiben, um die nationale Identität zu festigen, und europäische Importe in „Made in France Produkte“ umzuwandeln (Lépinard und Bereni 2004: 81). Unter den Gegner*innen der Parität, die sich dem Prinzip des republikanischen Universalismus widersetzen, können wir Évelyne Pisier zitieren, die 1998 in einem Artikel von L'Humanité erklärte:

„Ich für meinen Teil möchte keine Quote oder Parität. Warum sollte das Verfassungsprinzip der Gleichheit der Geschlechter durch das der Gleichheit zwischen den Geschlechtern ersetzt werden? Das Argument ihres Unterschieds diente nur dazu, die Minderwertigkeit von Frauen zu rechtfertigen“ (Pisier 1998).

Zusammen mit der Philosophin Elisabeth Badinter und der Schriftstellerin Danièle Sallenave initiierte Pisier vor der Abstimmung über das Paritätsgesetz in Frankreich, eine Petition: „Ja zur Gleichheit, nein zur Parität!“. Unter den drei Argumenten, die diese Frauen gegen die Parität vorbrachten, finden wir die Betonung des „Universellen“ als Gründungsprinzips der Republik, das als Waffe gegen Unterschiede präsentiert wird.

Wie konnte das Paritätsgesetz in Frankreich trotz all dieser Kritik und dieser Liebe zum Universellen als republikanischem Prinzip verabschiedet werden? Anfänglich bemühten sich die Reformbefürworter*innen, ihre Legitimationsrhetorik so zu formulieren, dass sie als Gegensatz zur formalen Gleichstellung in Form der sogenannten „positiven Diskriminierungspolitik“ vorgestellt werden konnte (Lépinard und Bereni 2004: 73). Laut Bereni und Lépinard war das verwendete Argument oft anthropologischer Natur: „Immer und überall“ bilden Frauen „die Hälfte der Menschheit“, daher könnten „Frauen

nicht als eine „Minderheit“ betrachtet werden (Bereni und Lépinard) 2003: 19). Hinzu kommt ein technisches Argument: Die Grenzen durch Geschlecht bestimmter Gruppen sind eindeutig identifizierbar, sofern das Geschlecht eine Determinante für die zivile Identität von Individuen ist (Bereni und Lépinard 2003: 19). (Die Debatte um Intersexualität spielte zu dem Zeitpunkt noch keine bedeutende Rolle. Im Jahr 2017 lehnte das Kassationsgericht es ab, die Aufschrift „neutrales Geschlecht“ als Personenstand zu akzeptieren und stellte fest, dass dieses binäre Konzept des Geschlechts für die soziale und rechtliche Organisation der Gesellschaft notwendig sei.)

Der französische Gesetzgeber widersetzt sich daher der Zulassung einer geschlechtsneutralen Person im französischen Recht. Die Verabschiedung des Bioethikgesetzes am 15. Oktober 2019 zeigt auch, dass die Gelegenheit, sich in diese Richtung weiterzuentwickeln, nicht genutzt würde.

Schließlich wurde die Parité-Behauptung vor allem als Mittel zur Verbesserung der politischen Vertretung vorgestellt (Bereni und Lépinard 2003: 20). Auf diese Weise konnte das Geschlecht in Frankreich als das einzig akzeptable Kriterium in einem republikanischen politischen Rahmen definiert werden, wodurch die Parität zu einem zentralen Element eines erneuerten Universalismus wurde.

Aber was waren die wirklichen Konsequenzen dieser Parität? Hat die (vermehrte) Anwesenheit von Frauen eine Politik bevorzugt, die für Frauen günstiger ist, wie dies durch die „Politics of Presence“ vorhergesagt wird? Ich werde nun die Methode vorstellen, mit der ich meine Analyse der Konsequenzen der Parität für die lokale Poli-

Louise Borreani	Die Konsequenzen des Paritätsgesetzes für die lokale französische Politik	ISSN 2192-5267	September 2020	gender...politik...online
-----------------	---	----------------	----------------	---------------------------

tik in den Städten Marseille, Montreuil und Paris durchführen werde.

3. Methode

Was passiert in französischen Städten, in denen es genauso viele weibliche Stadträte gibt wie männliche? Ich habe mich für die lokale und insbesondere die kommunale Ebene entschieden, da dies die einzige ist, bei der in Frankreich wirklich Parität erreicht wurde. Um diese Frage zu beantworten, habe ich die größte Stadt in jeder von drei Départements ausgewählt, in der die Parität erreicht wurde, und ich werde die Konsequenzen für ihre öffentliche Politik untersuchen. Die Entscheidung, sich auf Frankreich zu konzentrieren, ist auf die Mandatstermine für die Kommunen zurückzuführen: Die gewählten kommunalen Abgeordneten, die 2014 zum letzten Mal gewählt wurden, hatten sechs Jahre Zeit, um ihre Politik umzusetzen. Wir sind im Jahr 2020, dem Jahr der neuen Kommunalwahlen, und die Zeit ist reif für die gewählten Rät*innen von 2014, um eine Bilanz zu ziehen. In Frankreich erreichte das Département Bouches du Rhône 2018 einen Frauenanteil von 48% (Vie publique 2020). Die größte Stadt in dieser Abteilung ist Marseille. Auf der Website der Stadt⁴ konnte ich die Liste der 101 in den Gemeinderat 2014 gewählten Personen einsehen. Unter ihnen sind 49 Frauen, daher wird die Parität fast erreicht. In Paris waren 2018 50,3% von den Stadträten Frauen (Vie publique 2020). In Seine-Saint-Denis waren 2018 48,4% der Gemeinderäte Frauen (Vie publique 2020). Die größte Stadt in dieser Abteilung ist Montreuil. Unter den 34 Stadträten dieser Stadt sind 16

⁴ Website der Stadt von Marseille : <http://mairie.marseille.fr/gouvernement-municipal/elus> 4, zuletzt aufgerufen 26.06.2020.

Frauen, daher wird auch die Parität praktisch respektiert.⁵

Nach der Theorie der Präsenzpolitik wird erwartet, dass eine stärkere Vertretung einer dominierten Gruppe in einer parlamentarischen Institution mehr Initiativen und Ergebnisse zugunsten der Interessen dieser Gruppe hervorbringt und entsprechende Richtlinien durchsetzt. Daher werde ich versuchen, in diesen drei Städten zu erfahren, was zwischen 2014 und 2020 zugunsten der Gleichstellung der Geschlechter getan wurde. Dazu werde ich mich auf Berichte, kommunale Pressemitteilungen und den Inhalt der Website der Städte stützen. Eine besonders nützliche Studie, die ich zusätzlich zu meiner persönlichen Forschung verwenden werde, ist die von Jacqueline Heinen durchgeführte Umfrage: „Gender und lokales Veränderungsmanagement in sieben Ländern der Europäischen Union“. Auch wenn diese von der Europäischen Kommission finanzierte dreijährige Studie aus dem Jahr 2004 stammt, liefert sie interessante und relevante Erklärungen. Das französische Korpus umfasst zehn mittlere und große Städte, einschließlich Interviews mit gewählten Vertreter*innen vor Ort, und mit Verwaltungs- und assoziativen Mitarbeiter*innen.

4. Analyse

Um diese Analyse durchzuführen, beschreibe ich zunächst kurz die Anwendung des Paritätsgesetzes in der französischen Lokalpolitik. Es wird dann darum gehen, die Konsequenzen dieser Parität für die lokale Politik zu beschreiben, beginnend mit der Stadt Marseille, dann Paris und

⁵ Webseite der Stadt von Montreuil: <https://www.montreuil.fr/vie-citoyenne/la-municipalite/le-conseil-municipal>, zuletzt aufgerufen 26.06.2020.

Louise Borreani	Die Konsequenzen des Paritätsgesetzes für die lokale französische Politik	ISSN 2192-5267	September 2020	gender...politik...online
-----------------	---	----------------	----------------	---------------------------

schließlich Montreuil. In den letzten beiden Abschnitten werde ich versuchen, auf der Grundlage früherer Studien zur Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes in Frankreich, Elemente anzugeben, um das Fehlen egalitärer Maßnahmen trotz der stärkeren Präsenz von Frauen in französischen lokalen politischen Körperschaften zu erklären; dann einige Elemente, die nach Ansicht der Forscher*innen dieser Studien zugunsten einer echten Gleichstellung wirken könnten.

4.1 Die Anwendung des Paritätsgesetzes in der französischen Kommunalpolitik

1945 war in Frankreich zum ersten Mal eine Frau Stadträtin. Das Wahlrecht bei den Kommunalwahlen und das passive Wahlrecht als Kommunkandidat*in gehen auf das Jahr 1944 zurück (Heinen 2004: 71). Im Jahr 2019 betrug der Frauenanteil in Gemeinderäten 39,9%, im Durchschnitt aller Gemeindegrößen (Vie publique 2020). Im Rahmen der Kommunalwahlen unterliegt die Parität heute zwei Gesetzen: dem vom 31. Januar 2007, wonach der strikte Wechsel von Männern und Frauen bei der Erstellung von Listen für die Wahl von Vertreter*innen von Regionen und Gemeinden mit 3.500 Einwohnern und mehr obligatorisch ist; sowie dem vom 17. Mai 2013, das diese Regel auf Gemeinden mit 1000 Einwohnern und mehr ausdehnt, was 74% der französischen Gemeinden entspricht. Listen, die diesen Regeln nicht entsprechen, werden in der Präfektur einfach für unzulässig erklärt.

4.2 Paritätsfolgen für die französische Lokalpolitik

4.2.1 Marseille

In Marseille wird die Gleichstellung der Geschlechter durch die Anwesenheit einer Assistentin des Bürgermeisters sichergestellt, die sich auf „Jugend, Nachbarschaftsanimation und Frauenrechte“ spezialisiert hat, Nora Preziosi. In einer Broschüre, in der Frauenrechte, soziales Handeln und Solidarität dargestellt werden sollen,⁶ heißt es: „Die Sache der Frauen verbessern, Streitigkeiten verhindern und lösen, Wissen austauschen, alle Generationen um starke und festliche Zeiten zusammenbringen.“ Dieses Konzept der „Wiedervereinigung der Generationen“ und allgemeiner der „Familie“ ist auf der Website der Stadt zu finden: Wenn Sie auf die Registerkarte „Frauen“ klicken, wird eine Liste der von der Gemeinde vorhandenen Projekte angezeigt, aber diese haben viel mehr mit Familie und Kindern zu tun, als mit Frauen oder Gleichstellung. So finden wir: einen Trennungsfaden im Falle einer Scheidung oder des Endes des Zusammenlebens, Veranstaltungen zur Gewaltlosigkeit gegenüber Kindern, um „Ihre Kinder mit Respekt und Empathie zu erziehen“, Kinos im Freien, um Familien wieder zusammenzuführen, eine kostenlose Konferenz rund um die Themen Elternschaft, eine große Familienshow zu Weihnachten, ein Programm zur Öffnung für das Lesen für Kinder, Zugang zu einem Berater für Sozial- und Familienwirtschaft. Die einzigen drei Projekte, die nicht mit der Familie zusammenhängen, sind:

6

https://social.marseille.fr/sites/default/files/contenu/social/PDF/plaquette_droits_des_femmes_octobre_2016.pdf, zuletzt aufgerufen 20.02.2020.

Louise Borreani	Die Konsequenzen des Paritätsgesetzes für die lokale französische Politik	ISSN 2192-5267	September 2020	gender...politik...online
-----------------	---	----------------	----------------	---------------------------

Zugang zu einer Berufsberaterin, einer Psychologin (diese Berufe sind auf der Website als weiblich beschrieben), sowie ein weibliches Sportrennen (das jedoch seit 2010 besteht). Die Registerkarte „Institutionelle und assoziative Partnerschaft“ im Abschnitt „Frauen“ ist vorhanden, aber leer.

Die Einschränkung von Frauen auf ihre „reproduktive“ Rolle als Mütter bei der Ausarbeitung von Initiativen und Maßnahmen zu ihren Gunsten ist ein von Lépinard angesprochener Punkt:

„Unsurprisingly, the only public policy domain for which local representatives acknowledge the relevance of gender is family and childcare policies. But, in this particular case, gender is often reduced to the assumption that all women are mothers, and therefore responsible for childcare“ (Lépinard 2006 : 47).

In ihrem Artikel zitiert die Forscherin die Reaktion einer Frau, die für Kindheit und Bildung in einer mittelgroßen Stadt verantwortlich ist, auf die Frage, was Frauen in der Politik ändern können:

„Well, it is linked with day to day problems. The fact that there are more women maybe we’re going to be more careful about daily life, about children [. . .]. I think that it will affect more the children than the women [. . .] for women I don’t have examples [. . .] yes probably more childhood issues [. . .], though it’s true that through children we will automatically reach women..“ (Lépinard 2006 : 47).

Eine Realität, die auch Heinen in ihrer Umfrage erwähnte: Sie erklärt, dass frühkindliche Maßnahmen am leichtesten als Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern ange-

sehen werden können, dass diese jedoch eine voreingenommene Auffassung von Geschlecht fördern (Heinen 2004: 123). Bereni und Lépinard erklären, dass diese Politik, die Frauen mit ihrer Rolle als Mutter verbindet, problematisch ist, indem sie Frauen „eine traditionelle Rolle“ zuweist (Bereni und Lépinard 2003: 28-29).

Diese Unterteilung findet nicht nur in der Ausarbeitung lokaler Politiken statt, sondern findet sich auch in den Bereichen, mit denen die gewählten Frauen vertraut sind. Wenn sie sich also für eine Führungsposition in einem Sektor wie Grünflächen entscheiden, ist es nicht ungewöhnlich, dass sie sich an der Spitze eines ausschließlich männlichen Dienstes befinden. Dies kann eine Spannungsquelle sein, wie Heinen erklärt, da es für sie möglicherweise schwierig ist, ihre Autorität geltend zu machen. Aus diesem Grund empfiehlt die Forscherin, dass neben einer Feminisierung der Wahlgremien auch eine Feminisierung der Verwaltung und „vor allem eine Transformation der Domänenverteilung stattfinden muss, um die Stereotypen der männlich konnotierten Technik-Kompetenzen versus der weiblich zugeschriebenen Sozial-Qualitäten abzubauen, die verhindern, dass die politische Arbeit von Frauen anerkannt wird“ (Heinen 2004: 96).

4.2.2 Paris

Von 2014 bis heute und zum ersten Mal in der Geschichte ist die Bürgermeisterin von Paris eine Frau: Anne Hidalgo. Zu ihren Mitarbeiter*innen gehört Héléne Bidard, Assistentin für die Gleichstellung der Geschlechter und den Kampf gegen Diskriminierung und für Menschenrechte. Von 2014 bis 2020 war die Zahl der initiierten lokalen Maßnahmen zur Gleichstel-

Louise Borreani	Die Konsequenzen des Paritätsgesetzes für die lokale französische Politik	ISSN 2192-5267	September 2020	gender...politik...online
-----------------	---	----------------	----------------	---------------------------

lung der Geschlechter enorm. Unter den wichtigsten können wir folgende zitieren:⁷

- Die Schaffung einer „Cité Audacieuse“ am 5. März 2020, dem ersten Ort in Frankreich, der sich der Förderung der Rechte der Frau und der Gleichstellung der Geschlechter widmet
- Kampf gegen die Prostitution mit dem Gesetz vom 13. April 2016
- Schaffung eines Pariser Observatoriums für Gewalt gegen Frauen im Jahr 2014, das in den Dienst für Gleichstellung, Integration und Integration integriert ist
- Ein neues Sensibilisierungsinstrument, das „Violentometer“, mit dem junge Mädchen ihre romantische Beziehung hinterfragen können, indem sie das Vorhandensein geschlechtsspezifischer und sexueller Gewalt entschlüsseln. Im November 2019 erhält die Stadt Paris den Silberpreis Territoria 2019 in der Kategorie Prävention für die Entwicklung dieses Tools
- Not- und Langzeitunterkünfte für Frauen wurden 2015 eröffnet
- Zunahme der Anzahl von „Serious Danger Phones“ seit 2016
- Einführung eines neuen Leitfadens im Oktober 2016: „Geschlecht und öffentlicher Raum: die zu stellenden Fragen und die relevanten Indikatoren für eine egalitäre städtische Umgebung“. (Ein großer Schritt nach vorne: In der 2004 durchgeführten Heinen-Studie bestand eine französische Stadtplanungsassistentin darauf, dass „mit der Stadtplanung keine rein weibli-

chen Probleme verbunden sind. Wenn Sie mich es sagen hören wollen, werde ich Ihnen leider nein sagen“ (Heinen 2004: 122)).

- Kampagne 2016 gegen Belästigung auf der Straße
- Engagement in einem geschlechtsspezifischen Budgetierungsprozess mit der Implementierung von Mechanismen zur Förderung der sportlichen Praxis von Frauen
- Seit 2017 erhöht sich das Budget des Systems zur Sensibilisierung von Schuler*innen für die Gleichstellung der Geschlechter um 40%
- Die „Opération Startup“ mit starkem Fokus auf der Feminisierung von Innovationsberufen im Jahr 2019
- Verpflichtung zu langfristigen Maßnahmen, die direkt zur tatsächlichen beruflichen Gleichstellung beitragen, mit einer Zunahme der Beförderungen in bestimmten Gremien und der Entwicklung der geschlechtsspezifischen Vielfalt in bestimmten Berufen.

Was kann den deutlichen Unterschied zwischen Marseille und Paris erklären? In ihrem Bericht erklärt Heinen, dass verschiedene Elemente berücksichtigt werden müssen, um die Auswirkungen der Präsenz und Aktivität von Frauen auf dem Gebiet des Gender Mainstreaming zu bewerten: „die Frage ihrer Sichtbarkeit in Machtpositionen, die der Verteilung von Aktionsbereichen und schließlich ihre Vertrautheit mit Geschlechterfragen“ sollen berücksichtigt werden (Heinen 2004: 95). Ihrer Meinung nach ist es notwendig zu fragen, ob Frauen an der Macht in Gleichstellungsfragen bewusster sind als Männer, und ob sie in diesem Bereich einen größeren politischen Willen zeigen als sie, um zu wis-

⁷ Quelle (Website der Stadt von Paris): <https://www.paris.fr/pages/egalite-femmes-hommes-2583>, zuletzt aufgerufen 28.07.2020.

Louise Borreani	Die Konsequenzen des Paritätsgesetzes für die lokale französische Politik	ISSN 2192-5267	September 2020	gender...politik...online
-----------------	---	----------------	----------------	---------------------------

sen, ob Parität echte egalitäre Auswirkungen auf die Politik haben wird. Anne Hidalgo ist sich daher der Gleichstellungsfragen besonders bewusst: 2017 schrieb sie mit Ada Colau (Bürgermeisterin von Barcelona in Spanien), Monica Fein (Bürgermeisterin von Rosario in Argentinien) und Célestine Ketcha Courtès (Bürgermeisterin von Bangangté in Kamerun) eine Kolumne in der Zeitung Le Monde: „Es ist Zeit, den effektiven Platz den lokalen gewählten VertreterInnen zu gewährleisten“, damit die Vereinten Nationen Instrumente einsetzen können, um den Anteil der auf der lokalen Ebene gewählten Frauen zu ermitteln (Colau et al 2017). Der Bürgermeister von Marseille, Jean-Claude Gaudin, machte sich hingegen mit seinen sexistischen Äußerungen bekannt, die insbesondere in einem Artikel von Médiapart im Februar 2019 (Ortega 2019) angeprangert wurden. Zum Schluss, wie Heinen betont:

„Die Anwesenheit von Frauen in den Räten führt nicht automatisch zu Veränderungen in der Politik, und letztere haben nicht immer ‚feministische‘ Positionen zur Förderung der Gleichstellung“ (Heinen 2004: 100).

4.2.3 Montreuil

Der Bürgermeister von Montreuil, Patrice Bessac, macht im März 2018 von sich Reden, als er während einer Gemeinderatssitzung der gewählten Vertreterin der Opposition, Nordine Rahmani, mit Ausschluss von der Sitzung drohte, als diese ihm sexistische Äußerungen vorwarf (Mazé 2018). In Bezug auf die Kommunalpolitik ernannte die Gemeinde 2014 eine Stellvertreterin des Bürgermeisters, die für die Gleichstellung der Geschlechter, den Kampf gegen Gewalt gegen Frauen, die Gesundheit und den Kampf gegen Diskriminierung verantwortlich ist (Ville

de Montreuil 2018 : 20). Obwohl weniger zahlreich und weitreichend als die Stadt Paris haben die lokalen Behörden in Montreuil viele Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen ergriffen. Der größere Umfang von Paris kann aber auch durch die Größe der Stadt und damit das größere Budget, zu dem sie Zugang hat, verursacht sein. Unter den in Montreuil umgesetzten Maßnahmen:

- Unterstützung seit 2016 für die Abhaltung gesetzlicher Hotlines für weibliche Opfer von Gewalt (Ville de Montreuil 2018: 21)
- Trauma-Konsultationen und Umsiedlung von zehn Opfern von Gewalt im Jahr 2018 (Ville de Montreuil 2018: 22)
- Start einer Aktionsforschung zu den Phänomenen der Prostitution junger minderjähriger Mädchen im November 2018
- Einrichtung einer „Verwaltungs Koordinierungseinheit für Reaktionen auf weibliche Opfer von Gewalt“ im Juni 2018 (Ville de Montreuil 2018: 23)
- Sensibilisierungssitzungen gegen Sexismus und Gewalt gegen Frauen im Jahr 2018 (Ville de Montreuil 2018: 24)
- Spezifische Maßnahmen der Sportabteilung im Bereich der Parität im Jahr 2018 (Ville de Montreuil 2018: 28).

Schließlich ist anzumerken, dass sich Montreuil wie auch Paris verpflichtet hat, einen geschlechtsspezifischen Budgetierungsprozess durchzuführen. In einer Sitzung des Lenkungsausschusses am 23. November 2018 wurden die Arbeitsbereiche für ein Experiment festgelegt, das 2019 begann (Ville de Montreuil 2018: 30).

Louise Borreani	Die Konsequenzen des Paritätsgesetzes für die lokale französische Politik	ISSN 2192-5267	September 2020	gender...politik...online
-----------------	---	----------------	----------------	---------------------------

Auch wenn das Prinzip noch nicht auf die ganze Stadt ausgedehnt ist, ist es wichtig, das Vorhandensein dieses Experiments zu beachten. Als Bereni und Lépinard 2003 gewählte Gemeinderäte fragten, ob sie beabsichtigen, Maßnahmen gegen oder zugunsten von Frauen umzusetzen, bekamen sie eine Antwort angefüllt mit Rhetorik des republikanischen Universalismus und des allgemeinen Interesses (Bereni und Lépinard 2003: 28). Lépinard schrieb 2006:

„When I asked the question “Do/would you implement public policies oriented towards women’s specific needs?” the answer was almost systematically “no”, be it a man or a woman. Local representatives agreed with policies for elders or young people, for poor or disabled, and they did implement specific public policies for all those categories, but they declined to apply this principle to gender“ (Lépinard 2006 : 46).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Parität je nach Stadt sehr unterschiedliche Konsequenzen hatte. In Anhang fasst eine Tabelle nach den allgemeinen Handlungsfeldern der Kommunalpolitik zusammen, ob nach Angaben der drei Städte von Marseille, Montreuil und Paris Anstrengungen zur besseren Gleichstellung von Männern und Frauen unternommen wurden, oder nicht. Die drei Fälle sind interessant: Alle haben eine Parität im Gemeinderat, man könnte denken, dass der Unterschied also bei ihren Bürgermeistern lag. Marseille hat einen männlichen Bürgermeister und wenige egalitäre Politiken, Paris eine weibliche Bürgermeisterin und viele egalitäre Politiken, aber Montreuil hat einen Bürgermeister, und große Anstrengungen werden für eine egalitäre Politik unternommen. Zu diesem Zeitpunkt können wir

bereits den Schluss ziehen, dass die Anwesenheit von Frauen ein wichtiges, aber nicht allein entscheidendes Element für die Umsetzung egalitärer Maßnahmen ist.

4.3 Erklärungselemente für den „Paritätsfehler“

Warum wird mehr egalitäre Politik in Paris und Montreuil als in Marseille gemacht, wenn in den Vertretungsorganen dieser drei Städte eine Parität vorhanden ist? Wie wir gesehen haben, könnten die Sensibilisierung von Politiker*innen zum Thema Gleichstellung der Geschlechter sowie ihr politischer Wille ausschlaggebend sein. In seiner Studie gibt Jacqueline Heinen jedoch andere Argumente an. Das Vorhandensein feministischer Vereinigungen ist daher ein wichtiger Hebel bei der Annahme von Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter. Die Forscherin nennt das Beispiel von Rennes, das sich für eine Politik der Chancengleichheit einsetzt und gleichzeitig über ein sehr großes Netzwerk feministischer Vereinigungen verfügt, die von der Gemeinde finanziell unterstützt werden (Heinen 2004: 96). Ein Blick auf die Karte der Gruppen und Vereine für Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter in der Ile-de-France ermöglicht es uns,⁸ das riesige Pariser Netzwerk zu sehen: mehr als 180 „feministische“ Vereinigungen. In Marseille können wir dagegen beim Lesen des Vereinsregisters in Marseille nur sieben „feministische“ Vereinigungen zählen. Es gibt jedoch viele Hindernisse für die Bildung dieser Netzwerke: Heinen spricht von der Angst vieler gewählter Abgeordneter, als „Feministin*innen“ bezeichnet zu werden. In einem nationalen Kontext, in dem die sozialen

⁸ <https://asso-idf.hubertine.fr/>, zuletzt aufgerufen 28.06.2020.

Louise Borreani	Die Konsequenzen des Paritätsgesetzes für die lokale französische Politik	ISSN 2192-5267	September 2020	gender...politik...online
-----------------	---	----------------	----------------	---------------------------

und politischen Beiträge des Feminismus nicht öffentlich anerkannt werden, laufen gewählte Frauen, die behaupten, Feministinnen zu sein, Gefahr, diskriminiert zu werden; und einige von ihnen befürchten sogar, dass ihre politische Karriere gefährdet wird (Heinen 2004: 97). Die Parität, die laut der „Politics of Presence“ für das Aufkommen einer egalitären Politik entscheidend gewesen sein sollte, hatte (noch) nicht den erwarteten Effekt. Laut Bereni und Lépinard ist dies größtenteils auf den Prozess der Legitimierung der Reform zurückzuführen, die sich von feministischen Thesen des politischen Pluralismus entfernt hat (Bereni und Lépinard 2003: 21). Parität wurde als Mittel zur „Vollendung“ der Demokratie präsentiert, indem der sogenannte „universelle“ Geschlechtsunterschied in das politische System integriert werden sollte (Bereni und Lépinard 2003: 18).

„Es war die Übersetzung der Parität für die Bühne der institutionellen Politik, die sie in einem viel engeren Sinne neu definierte, beschränkt auf die Frage der Wahlvertretung. Es hat es zu einer Politik des empowerment, des Zugangs zum politischen Raum und nicht zu einer Politik der Bekämpfung von Ungleichheiten im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich gemacht“ (Bereni und Lépinard 2003: 25).

Die gewählten Frauen selbst praktizieren manchmal eine universalistische Sicht auf die Repräsentation. Sie verstehen sich als Vertreterinnen der Gesamtbevölkerung und lehnen es ab, Vertreterinnen der Interessen von Frauen zu sein (Lépinard 2006: 44). Unter ihnen ist das Beispiel, das Lépinard für gewählte Frauen ausländischer Herkunft gibt, besonders interessant: Diese verstehen ihre Präsenz im Stadtrat als mit ihrer ethnischen Identität verbunden: Sie glau-

ben, dass sie die Verantwortung haben, die spezifischen Interessen ihrer ethnische Gruppe zu verteidigen. Sie denken jedoch nie, dass sie als Frauen auch die Interessen von Frauen verteidigen könnten (Lépinard 2006: 45).

4.4 Elemente zur Förderung der Gleichstellung

Laut Heinen ist das Vorhandensein eines starken assoziativen Gefüges ein äußerst wichtiges und bestimmendes Element für das Aufkommen egalitärer Politiken auf sozialer Ebene, aber „es muss auf der Ebene der politischen Macht weitergegeben werden“ (Heinen 2004: 97). Die Netzwerke von Frauen - gewählte Vertreterinnen, Forscherinnen, Aktivistinnen - spielen in dieser Hinsicht eine entscheidende Rolle, um das öffentliche Handeln anzuregen und seine Wirkung aufrechtzuerhalten. In Heinens Studie sind bestimmte Städte wie Rennes und Toulouse in Bezug auf die egalitäre Politik besonders vorbildlich. Dies erklärt sich aus einer Reflexion über die Gleichstellung, die in diesen Städten besteht. Reflexion wird zum einen an Universitäten, Rektoraten und Lehrerbildungsinstituten entwickelt. Sie wurde dann stark von Netzwerken sehr aktiver feministischer Vereinigungen weitergeleitet (Heinen 2004: 98). Heinen vergisst nicht, sich an die Fragilität dieser Handlungen zu erinnern:

„Wenn die lokalen Behörden Maßnahmen im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter anregen können, scheint die Nachhaltigkeit dieser Maßnahmen jedoch immer dann gefährdet zu sein, wenn sie nicht vom nationalen Diskurs oder von einem wirtschaftlichen Umfeld gebilligt und unterstützt werden, und kulturell günstig wird. Wenn ein Bürgermeister für diese Frage sensibel ist, wird die Dauer seiner Anwesen-

Louise Borreani	Die Konsequenzen des Paritätsgesetzes für die lokale französische Politik	ISSN 2192-5267	September 2020	gender...politik... <i>online</i>
-----------------	---	----------------	----------------	-----------------------------------

heit im Amt zu einem echten Problem, da er dadurch eine Politik zugunsten von Frauen stabilisieren kann oder nicht“ (Heinen 2004: 99).

Um eine echte egalitäre Aktion zu schaffen, muss sie bestenfalls auf allen Ebenen des kommunalen Lebens integriert und mit eigenen Aktionsmitteln ausgestattet werden.

5. Schlussfolgerungen

Ich fragte mich, ob die Paritätsgesetze zu einer Zunahme der egalitären Politik führten, indem ich die lokale Politik von drei französischen Städten analysierte, die zwischen 2014 und 2020 einen paritätischen Gemeinderat hatten. Während ich echte Anstrengungen zur Förderung einer günstigeren egalitären Politik in den Städten von Montreuil und insbesondere von Paris festgestellt hatte, stellte ich fest, dass auf der Ebene der Stadt Marseille keine Fortschritte in dieser Richtung erzielt wurden. Wenn dieser Unterschied durch die Schwäche des feministischen assoziativen Netzwerks der Stadt oder das Fehlen eines feministischen Bewusstseins für politische Vertreter*innen und insbesondere für den Bürgermeister von Marseille erklärt werden kann, ist die Schlussfolgerung, dass die Parität (allein) kein entscheidender Faktor für das Aufkommen einer egalitäreren Politik zu sein scheint. So wird in der Stadt Marseille die Politik zugunsten von „Frauen“ durch das Prisma ihrer „reproduktiven“ Funktion gedacht, da die Mehrheit von diesen im Zusammenhang mit Elternschaft oder Kindern stehen. Dies ist auch ein Problem, das Heinen in ihrer Studie aufwirft, in der es ihr schwer fällt, Frauen von ihrer „traditionellen“ Rolle zu trennen, wenn es darum geht, ihnen Verantwortung zu übertragen oder Maßnahmen zu ihren Gunsten umzusetzen. Was nützt eine Geschlechterparität, die die sexisti-

sche traditionelle Rollenverteilung nicht ändert, sogar reproduziert? Eine mögliche Erklärung für dieses „Scheitern“, ist in Berenis und Lépinards Text wiederzufinden:

„Wenn die Rhetorik der Differenz es ermöglicht hat, die Gleichstellung als ein Instrument zur weiteren Perfektionierung der demokratischen Repräsentation darzustellen, indem man sie klar unterschied von der als allzu konfliktrichtig beurteilten Thematik positiver Diskriminierung, so haben die Diskurse zur Begründung der Gleichstellung sicherlich ihren Teil dazu beigetragen, dass einige ursprünglich egalitäre Ambitionen in enge Schranken verwiesen wurden, auch wenn sie aus der Parität eine Waffe im Kampf gegen sämtliche Geschlechterungleichheiten (einschließlich im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben) zu machen suchten“ (Berenis und Lépinard 2004: 22).

Die Befürworter*innen der „Politics of Presence“ vertreten die Idee, dass wenn der Frauenanteil unter den gewählten Beamt*innen und in der Verwaltung eine bestimmte Schwelle erreicht, sie besser in der Lage sein werden, eine Politik in eine für die Gleichheit günstigere Richtung zu entwickeln. „Dies ist manchmal, und sogar oft der Fall“, schloss Heinen in seiner Analyse (Heinen 2004: 95). Wie wir gerade gesehen haben, ist der Effekt jedoch keineswegs mechanisch, und „wenn die Anwesenheit von Frauen notwendig erscheint, um diese Fragen auf die politische Tagesordnung zu setzen, ist dies bei weitem nicht ausreichend“ (Heinen 2004: 95). Der Zusammenhang zwischen der Präsenz von Frauen und dem Inhalt der öffentlichen Politik ist komplex: Es ist in der Tat schwierig zu wissen, wer sie initiiert hat: gewählte Frauen, Verbände oder ein allgemein günstiger nationaler Kon-

Louise Borreani	Die Konsequenzen des Paritätsgesetzes für die lokale französische Politik	ISSN 2192-5267	September 2020	gender...politik...online
-----------------	---	----------------	----------------	---------------------------

text? (Heinen 2004: 102). Laut Heinen lautet die eigentliche Frage nicht: „Sehen meine Vertreter*innen wie ich aus?“, sondern: „Verteidigen meine Vertreter*innen meine Interessen?“ , obwohl das nicht bedeutet, dass die Vertretung von Frauen in der Politik kein Interesse an sich darstellt (Heinen 2004: 102).

„Die Integration der Gleichstellung der Geschlechter in die öffentliche Politik erfolgt nicht spontan, weit davon entfernt. Nur ein wirklicher politischer Wille und echte Anstrengungen zur Förderung dieses Ziels können das Thema voranbringen“ (Heinen 2004: 103).

Ein weiteres radikaleres Erklärungselement für dieses Versagen wird von Lépinard vorgeschlagen:

„As long as the political system itself has not been transformed, women's presence is unlikely to produce change“ (Lépinard 2006 : 54).

Schließlich denke ich, dass meine Meinung zu dieser Frage der von Bereni und Lépinard aus dem Jahr 2003 nahe kommt: Es ist nicht der Besitz, sondern das Streben, das den Rechten ihre Stärke verleiht, und unter diesem Gesichtspunkt kann Parität heute vielleicht nützlich sein, um neue Bestrebungen, neue politische Herausforderungen und neue Veränderungen zu formulieren (Bereni und Lépinard 2003: 29).

6. Literatur

- Bereni Laure und Lépinard Éléonore (2003), La parité, contresens de l'égalité ? Cadrage discursif et pratiques d'une réforme, In : Editions Antipodes | « Nouvelles Questions Féministes » Vol. 22
- Bereni Laure und Lépinard Éléonore (2004), „Die Frauen sind keine Kategorie“. Die Strategien zur Legitimation der Parität in Frankreich, In: Trivium [Online], online erschienen am 10 März 2015, available at: <http://journals.openedition.org/trivium/5082> [accessed 10/03/2020]
- Chemin Anne (2007), Rétrocontroverse : 1992, la parité et l'égalité des sexes, In : Le Monde, 07/08/2007, available at : https://www.lemonde.fr/idees/article/2007/08/07/retrocontroverse-1992-la-parite-et-legalite-des-sexes_942590_3232.html [accessed 06/03/2020]
- Colau Ada, Hidalgo Anne, Fein Monica, Ketcha Courtès Célestine (2017), Il est temps de garantir la place effective des éluEs locales, In: Le Monde, 9/03/2017, available at : https://www.lemonde.fr/tribunes/article/2017/03/09/il-est-temps-de-garantir-la-placeeffective-des-elues-locales_5092142_5027560.html [accessed 07/03/2020]
- Heinen Jacqueline (2004), Genre et gestion locale du changement dans sept pays de l'Union européenne, financé par la Commission Européenne, DG Recherche – 5ème PCRD, available at: <https://www.yumpu.com/fr/document/read/47141052/genre-et-gestion-localedu-changement->

Louise Borreani	Die Konsequenzen des Paritätsgesetzes für die lokale französische Politik	ISSN 2192-5267	September 2020	gender...politik...online
-----------------	---	----------------	----------------	---------------------------

dans-sept-pays-de-lunion- [accessed 07/03/2020]

- Lépinard Éléonore (2006), Identity without Politics : Framing the Parity Laws and Their Implementation in French Local Politics, In : Oxford University Press

- Lépinard Éléonore et Bereni Laure (2004), La parité ou le mythe d'une exception française, In : Le Seuil | « Pouvoirs » n° 111

- Mazé Murielle (2018), Montreuil: un élu recadré après des propos « sexistes », In : Le Parisien, 8/03/2018, available at : <http://www.leparisien.fr/seine-saint-denis-93/montreuilun-elu-recadre-apres-des-propos-sexistes-08-03-2018-7597881.php> [accessed 07/03/2020]

- Ortega Stéphane (2019), Sexisme : Jean-Claude Gaudin se vautre dans une solidarité avec un élu RN, In : Médiapart, 7/02/2019, available at: <https://blogs.mediapart.fr/stephaneortega/blog/070219/sexisme-jean-claude-gaudin-se-vautre-dans-une-solidarite-masculineavec-un-elu-rn> [accessed 07/03/2020]

- Phillips Anne (1995), The Politics of Presence, Oxford : Clarendon Press

- Pisier Evelyne (1998), Parité. Evelyne Pisier : « la révision constitutionnelle est inutile », In : L'Humanité, 15/12/1998, available at : <https://www.humanite.fr/node/197453> [accessed 06/03/2020]

- Trat Josette (1995), La loi pour la parité: une solution en trompe-l'oeil, In : Nouvelles Questions Féministes, Vol. 16, No. 2

- Ville de Montreuil (2018), Rapport de situation comparée entre les femmes et les hommes au sein de la ville de Montreuil, Ville de Montreuil, Montreuil

- Insee (2017), Les femmes et la vie politique locale, bien représentées dans les assemblées, minoritaires aux postes clés, Insee Analyses Auvergne-Rhône-Alpes n°33, available at: <https://www.insee.fr/fr/statistiques/2650082> [accessed 07/03/2020]

- Vie publique (2020), L'application des règles de la parité aux élections municipales : quel bilan?, 22/01/2020, available at : <https://www.vie-publique.fr/eclairage/270578-bilan-delapplication-des-regles-de-la-parite-aux-elections-municipales> [accessed 07/03/2020]

Louise Borreani	Die Konsequenzen des Paritätsgesetzes für die lokale französische Politik	ISSN 2192-5267	September 2020	gender...politik... <i>online</i>
-----------------	---	----------------	----------------	-----------------------------------

ANHANG

Sachbereich	Paris	Marseille	Montreuil
Sicherheit	JA Z.B : Erhöhung den „Serious Danger Phones“	NEIN	JA Z.B: Memo gegen Gewalt gegen Frauen und Kampf gegen Prostitution
Kultur, soziales Leben, Jugend, Sport und Freizeit	JA Z.B: Förderung des Sports für Frauen	NEIN	JA Z.B: Maßnahmen des Sportmanagement im Bereich der Parität
Lehren, Berufsausbildung und Lernen	JA Z.B: Erhöhung des Budgets von „Collège pour l'Egalité“	NEIN	JA Z.B: Sensibilisierungssitzungen für Stadtbeamte zur Bekämpfung von Sexismus und sexueller Belästigung bei der Arbeit
Soziales Handeln	JA Z.B: Erhöhung der Zuschüsse für Verbände, die täglich weibliche Opfer von Gewalt unterstützen	JA Z.B: Neuauflage des Trennungsleitfadens bei Scheidung oder Beendigung des Zusammenlebens	JA Z.B: Trauma-Konsultationen
Stadtplanung, Regionalplanung	JA Z.B: Projekt „Gender and public spaces“	NEIN	NEIN

Louise Borreani	Die Konsequenzen des Paritätsgesetzes für die lokale französische Politik	ISSN 2192-5267	September 2020	gender...politik... <i>online</i>
-----------------	---	----------------	----------------	-----------------------------------

Sachbereich	Paris	Marseille	Montreuil
Wirtschaftliches Handeln*	JA Z.B: „Opération Startup“ mit starkem Fokus auf die Feminisierung von Innovationsberufen	JA Z.B: Berater für Sozial- und Familienwirtschaft	JA Z.B: Ausbildung in der Entwicklung wirtschaftlicher Aktivitäten für Frauen
Umwelt	NEIN	NEIN	NEIN
Verkehrsmitteln	NEIN	NEIN	NEIN

*Wirtschaftliches Handeln = Forschung und Innovation, sektorale Maßnahmen, wirtschaftliche Integration und soziale Solidarwirtschaft, Strukturen der Animation und wirtschaftlichen Entwicklung, gemeinsame Dienstleistungen sowie Einfluss und Attraktivität des Gebiets.

Quelle: Eigene Darstellung/LB

Angaben zur Autorin:

Louise Borreani schrieb diese Hausarbeit als Doppel-Bachelor-Studentin in Politikwissenschaft am Sciences Po Paris und der Freien Universität Berlin.

Jetzt ist sie Masterstudentin im ersten Jahr in Umweltpolitik an der Paris School of International Affairs von Sciences Po und interessiert sich dennoch weiterhin für Gender-Themen, insbesondere für ökofeministische Theorien.